Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 7

Artikel: Die Entstehung der deutschen Republik
Autor: Sturmthal, Adolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329969

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gramm, der nicht als Aufgabe der Gemeinde anzusprechen wäre. Gibt es nicht im Gegenteil noch eine Menge von Forderungen, die wir mit guten Gründen und gutem Gewissen an die Gemeinde stellen dürften? Sollen die Bemühungen der sozialdemokratischen Behörde um die innere und äußere Ausgestaltung unseres Gemeinwesens an der Bedürfnislosigkeit der Bieler Arbeiterschaft scheitern?

In der Anteilnahme am Gemeinwesen, in der Mitwirkung an seiner Ausgestaltung formt sich erst der Gemeinschaftsgedanke, der als treibende Kraft der Gemeinde immer neue Aufgaben zuweist. In der fortschreitenden Kommunalisierung des Lebens aber liegen noch große unerschöpfte Möglichkeiten des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs.

Die Entstehung der deutschen Republik.

Von *Adolf Sturmthal.*

Unter der anläßlich der zehnjährigen Wiederkehr der Umsturztage reichlich fließenden Memoirenliteratur, oft allzu deutlich Rechtfertigungs- oder Anklageschrift, ist das Buch des Historikers Artur Rosenberg*, früher kommunistischer Reichstagsabgeordneter und jetzt Privatdozent an der Universität Berlin, eine doppelt erfreuliche wissenschaftlich-historische Untersuchung. Getragen von einem unbeirrbaren Willen nach Wahrhaftigkeit handhabt es zugleich vorzüglich die Methode des historischen Materialismus, zerstört Legenden von rechts und links und weist der historischen Persönlichkeit die Rolle der Vollstreckerin der Entwicklung zu.

Die Gründung des Deutschen Reiches.

Rosenberg geht aus von der Begründung des Deutschen Reiches im Deutsch-Französischen Kriege. Bismarck, der die schwierige geopolitische Lage Deutschlands im Herzen des Kontinents erkannte, ist vor allem bestrebt, die *starke preußische Militärgewalt* unversehrt in das deutsche Kaiserreich hinüberzuretten. So werden der preußische König und die preußische Militäraristokratie zu unumschränkten Herrschern Preußens und Preußen zum Regenten Deutschlands. Die Tatsache allein, daß es keine Reichsregierung, sondern bloß einen schwer beweglichen Bundesrat mit dem Reichskanzler an der Spitze gab, der zugleich preußischer Ministerpräsident war, zeigt den *Scheinkonstitutionalismus* des deutschen Kaiserreiches. Ueberdies war die Armee und die Außenpolitik dem Ein-

* Die Entstehung der deutschen Republik 1871—1918, Ernst Rowohlt, Verlag, Berlin 1921.

fluß des Reichstags entzogen und die Handhabung des Geldbewilligungsrechts des Reichstages praktisch, wie sich in der preußischen Konfliktszeit gezeigt hatte, ohne Bedeutung.

Das *Bürgertum* war also von jedem realen Anteil an der Macht *ausgeschlossen.* Aber der Regent sollte nach den Ideen Bismarcks die Interessen der Bourgeoisie einerseits außenpolitisch, im Kampf um den Weltmarkt, anderseits innerpolitisch, im Kampf gegen das Proletariat, wahren. Damit gelang es zwar, der Bourgeoisie zunächst politisch das Rückgrat zu brechen und sie mit den preußischen Konservativen zum parlamentarischen Regierungsblock zusammenzuschweißen. Zugleich aber erwuchsen der Reichsidee Bismarcks zwei furchtbare Gegner: das katholische *Zentrum,* das Bismarck niemals als sichere Stütze des Reichs anerkannte, und das Millionenheer der *Sozialdemokratie,* dessen Parteivorstand sich nach dem Fall des Sozialistengesetzes geradezu als Gegenregierung formierte. Rechnet man dazu die Oppositionsgruppen der Polen, Welfen, Elsässer und Dänen, so hieß das, daß nach den Wahlen von 1890 etwa vierzig Prozent der deutschen Bevölkerung gegen das Reich Bismarcks waren. Um so weniger war Bismarck zu außenpolitischen Abenteuern geneigt und suchte durch geschicktes Lavieren zwischen Rußland und Oesterreich, Frankreich und England die außenpolitischen Bedürfnisse der deutschen Industrie ohne Gefährdung des Friedens zu erfüllen.

Wilhelm II.

Wie man sieht, war dieses schwierige, mühsam ausbalancierte System auf *eine* Persönlichkeit gestellt, auf den Regenten, entweder den König von Preußen, der identisch war mit dem Deutschen Kaiser, oder den preußischen Ministerpräsidenten, der identisch war mit dem Reichskanzler. Nach dem Sturz Bismarcks wurde Wilhelm II., dessen Kommandogewalt über die deutsche Armee die Autorität Bismarcks besiegte, zum mächtigsten Mann der Erde. Aber die Person Wilhelm II. war für diese Rolle nicht geschaffen. Er brachte es zustande, neben die wachsende Oppositionskraft der Sozialdemokratie die *Linksbourgeoisie* zu stellen, die er durch seine reaktionären Seitensprünge verstimmte. Der starke Einfluß der Linksbourgeoisie auf die Presse ließ sie in Verbindung mit den Wählermassen der Sozialdemokratischen Partei zu einem gefährlichen Gegner werden. Dadurch wurde Wilhelm genötigt, das Zentrum in die Regierungsmehrheit aufzunehmen, dessen linker Flügel, die Zentrumsarbeiterschaft, geführt von *Erzberger,* in Wahrheit dem Bismarckschen Reich mindestens gleichgültig gegenüberstand. Bedenkt man dabei, daß die Wählerzahl der Sozialdemokratie unter Wilhelm II. von 1½ auf 4½ Millionen stieg, so erkennt man, daß durch die Verbindung des

linken Flügels des Bürgertums, der Zentrumsarbeiterschaft und der Sozialdemokratie das auf der Vorherrschaft des preußischen Konservativismus aufgebaute scheinkonstitutionelle Bismarcksche Reich schon vor dem Kriege in seinen Fugen krachte. Die leichtfertige Außenpolitik Wilhelm II. zerstörte es vollends.

Die offizielle Politik des sozialdemokratischen Parteivorstandes wurde in den letzten Jahren vor dem Kriege von zwei Seiten angegriffen: die *Radikalen* um Rosa *Luxemburg* und Franz *Mehring* hielten die russische Revolution von 1905 für den Beginn einer revolutionären Epoche in Europa, auf die sich das Proletariat vorzubereiten habe. Die *Revisionisten* um Eduard *Bernstein* hielten den Zusammenbruch des Kapitalismus für noch in weiter Ferne liegend und forderten, daß die Sozialdemokratie durch Zusammenarbeit mit der Linksbourgeoisie den preußischen Militärstaat erschüttere und die parlamentarische Demokratie in Deutschland aufrichte. Diese beiden Gruppen hoben sich in ihren Kämpfen gegenseitig auf, so daß der Parteivorstand, der «nichts erkannt und nichts vorhergesehen hat», die Rolle des Schiedsrichters hatte.

Die politische Kurslosigkeit der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie stellte sie unvorbereitet dem 4. August 1914 entgegen.

Rosenberg hält die deutsche Regierung für moralisch unschuldig an dem Ausbruch des Weltkrieges. «Aber um so schärfer muß die politische Unfähigkeit Wilhelms II. und Bethmann-Hollwegs betont werden.» Wilhelm hatte es verstanden, England, Frankreich und Rußland gegen sich zusammenzuschließen und hielt darum das zusammenbrechende Oesterreich-Ungarn für den einzig sicheren Bundesgenossen Deutschlands und seine Existenz für die Existenzbedingung des Deutschen Reichs. Darum deckte Deutschland den Oesterreichern bei der Aktion gegen Serbien den Rücken. Denn könnte Oesterreich sich bei Serbien keine Genugtuung verschaffen, so würde die Loslösung der slawischen Kronländer den Zusammenbruch der Monarchie herbeiführen. Hoffend, daß Rußland es nicht wagen werde, Deutschland entgegenzutreten, deckte Wilhelm die verbrecherische Balkanpolitik der Wiener Regierung.

Die Politik des 4. August.

Zwei Tatsachen kennzeichnen die Politik des 4. August: die *Bewilligung der Kriegskredite* und der *Burgfrieden*.

Rosenberg hält den Entschluß der Sozialdemokratie, an der Verteidigung Deutschlands mitzuwirken, der marxistischen Tradition entsprechend. Die sozialistischen Arbeitermassen wollten es nicht dulden, daß die Truppen des Zaren über Deutschland herfielen. «Aber darüber hinaus», heißt es weiter,

«befand sich die sozialdemokratische Fraktion bei dem Bekenntnis zur Landesverteidigung durchaus im Einklang mit der marxistischen Lehre.» Denn «der Marxismus gibt jeder Nation das Recht auf unabhängige Existenz und damit das Recht der Selbstverteidigung.» Dagegen war der *Burgfrieden* durchaus im *Widerspruch zur marxistischen Theorie* und auch zu den *Interessen der Landesverteidigung.* «Die Geschichte lehrt, daß ein Volkskrieg nicht unter aristokratischem Kommando mit Zensur und Belagerungszustand zu führen ist, sondern nur durch die selbständige Aktivität der Massen.» Gerade aus der rücksichtslosen Verschärfung des Klassenkampfes schöpften später die Bolschewiki die Kraft, um alle Interventionsversuche der Entente niederzuwerfen. Aber neben der Autorität des deutschen Generalstabs wirkte der Mangel an politischem Willem zur Macht dahin, daß weder Sozialdemokratie noch liberales Bürgertum den Kampf gegen die Diktatur der Regierung aufnahm, obwohl deren Politik durch den Ausbruch des Krieges aufs schlagendste widerlegt war.

Der Kriegsverlauf.

Rosenberg schildert dann ausführlich die militärische und strategische Situation während des Kriegsverlaufs. Er zeigt den Zusammenbruch des Schlieffenschen Plans, der die militärische Niederlage Deutschlands schon im Keime enthielt. Wilhelm II. erwies sich gegenüber den gewaltigen Aufgaben der Kriegführung als viel zu schwach und unbedeutend. Die faktische Gewalt ging auf die Sieger von Tannenberg, auf *Hindenburg* und *Ludendorff* über, die Ende August 1916 das Oberkommando übernahmen. Die hervorragende militärische Begabung dieser beiden Heerführer, der Burgfrieden, die politische Schwäche der deutschen Bourgeosie und das Versagen Wilhelms II. spielten Ludendorff die gesamte Macht in die Hand. Ludendorff wird der Diktator Deutschlands, der nicht nur im militärischen, sondern auch in allen politischen Fragen entscheidet, Reichskanzler ein- und absetzt und jeden Widerstand durch die Drohung mit der Demission zu brechen versteht. Militärisch gelang es Ludendorff immer wieder, überraschende Erfolge zu erzielen, Aber *politisch* ist er für die beiden entscheidenden Fehler verantwortlich, die die Niederlage Deutschlands herbeiführen mußten: die Proklamation des Königreichs Polen, die jegliche Hoffnung auf einen Sonderfrieden mit Rußland zerstörte, und den unbeschränkten Ubootkrieg, der Amerika in die Reihe der Ententemächte trieb.

Ludendorff repräsentierte politisch den preußischen Konservativismus, der in einem Siegfrieden die einzige Möglichkeit erblickte, auch nach dem Kriege seine Macht zu behaupten. So verknüpfte sich die *innenpolitische Reaktion* mit der *Gewalt-*

politik nach außen, während sich umgekehrt bei den Arbeitern die Forderung nach einem Verständigungsfrieden mit der Opposition gegen die herrschenden Klassen verband. In der Arbeiterschaft war mit der Dauer des Krieges die Friedenssehnsucht immer stärker geworden und die Aktion der U. S. P. D. (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) immer bedeutsamer. Aber die breiten Arbeitermassen erkannten die tiefgehenden prinzipiellen Unterschiede zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den Unabhängigen nicht, ja, sie hielten sogar den Spartakusbund, soweit seine Existenz ihnen überhaupt bekannt wurde, nur für die radikalste Form der Mehrheitssozialdemokratie. So war auch der Januarstreik 1918, trotz der Beteiligung der U. S. P. D. an seiner Führung, nichts anderes als eine Bewegung im Sinne der bürgerlich-sozialdemokratischen Reichstagsmehrheit (Mehrheitssozialdemokraten, Zentrum und Fortschrittler), die im Juli 1917 die bekannte Friedensresolution beschlossen hatte. Es war eine Friedensbewegung mit bürgerlich-demokratischen Zielen, aber *keine proletarische Klassenaktion sozialistisch-revolutionären Charakters.* «So sind», meint Rosenberg, «die Grundlagen der Novemberrevolution bereits im Januarstreik enthalten.»

Der Zusammenbruch.

Am 2. Oktober 1918 teilte Major *von dem Bussche* den versammelten Parteiführern mit, daß der Diktator Deutschlands, General Ludendorff, den Krieg für verloren halte und die Reichstagsmehrheit die Regierung übernehmen müsse. Charakteristisch genug für die Schwäche der Mehrheitsparteien bis zur Mehrheitssozialdemokratie, daß die Periode der bürgerlichen Demokratie in Deutschland mit der Reichskanzlerschaft eines liberalen Prinzen, *Max von Baden*, beginnt. «Ludendorff hat die Parlamentarisierung Deutschlands befohlen und der badische Prinz hat sie durchgeführt.» Die Revolution Deutschlands, die Aufrichtung der bürgerlichen Demokratie war damit vollzogen. Freilich waren die neuen Hände, die die Macht ergriffen hatten, so schwach, daß der Umsturz, der sich vollzogen hatte, den Massen als solcher gar nicht zum Bewußtsein kam. Der Reichstag, der die Regierung führen sollte, war in den entscheidenden Monaten, im Oktober und im November 1918, fast dauernd in Ferien, der Belagerungszustand wurde nicht aufgehoben und die stellvertretenden Generalkommandos, die die Zivilgewalt ausübten, wurden zum Beispiel in Berlin bis zum 9. November im Amt belassen.

Die Militärrevolution, die von Kiel aus ganz Deutschland überschwemmte und den Kaiserthron zerschlug, vollzog so, was juristisch und nach innen hin bereits fast völlig geschehen war, auch nach außen. Sie schwemmte die äußeren Symbole des wil-

helminischen Deutschlands hinweg und brachte Ebert an die Macht. Aber die ungeheure Mehrheit der Soldaten zog einen Trennungsstrich nach links, indem sie sich der S. P. D. anschloß. Damit war ein Erfolg der Linksradikalen unmöglich geworden. Der Rat der Volksbeauftragten, dem Vertreter der S. P. D. und der U. S. P. D. angehörten, umgab sich mit bürgerlichen Fachministern, so daß die Regierung des 10. November in Wahrheit «eine etwas sozialistisch verschleierte Herrschaft der alten Reichstagsmehrheit, ergänzt durch den rechten Flügel der U. S. P. D.», war.

«Der preußische Militäradel und die Monarchie waren gestürzt. Die Anhänger der sozialistischen Revolution hatten sich nicht durchsetzen können. Die bürgerliche Republik hatte in Deutschland gesiegt.»

*

Rosenberg schließt mit dem 9. November. Er glaubt, daß die folgenden Ereignisse heute noch nicht Gegenstand einer kritischen Geschichtsforschung bilden können. Das wird bedauerlich erscheinen, denn das Buch Rosenbergs zeigt, daß er wie kaum ein anderer, dazu berufen ist, der Geschichtsschreiber der deutschen Klassenkämpfe zu sein.

Deutsche Sozialisierungsliteratur während der Kriegs- und Revolutionszeit.

Von Dr. *Marcus Gitermann*, Zürich.

(Schluß.)

Wirft man einen Blick auf sämtliche Beiträge des Werkes «Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft», so kommt man zu folgenden Schlußfolgerungen. Alle Mitarbeiter stimmen darin überein, daß eine stärkere fiskalische Belastung des Privateigentums notwendig sei. Freilich, für eine weitgehende Sozialisierung der Wirtschaft tritt kein akademischer Gelehrter ein. Aber man sieht, daß der Gedanke der staatlichen Regelung der Volkswirtschaft in der deutschen akademischen Welt Anhänger zu gewinnen beginnt. Prinzipiell wichtig ist die Anerkennung der Souveränität des Staates auf einem Gebiet, welches vorher ihm, vom manchesterlichen Standpunkt aus, verschlossen war.

Zum Vergleich soll hier erwähnt werden, daß die Neuordnung der Finanzwirtschaft zur gleichen Zeit auch führende Sozialpolitiker Englands beschäftigte. Von der Fabian-Society in London wird 1917 eine Schrift herausgegeben: «*Wie bezahlen wir den Krieg?*» — Der Hauptvorschlag geht dahin, «daß ein großer Teil der Kriegskosten getragen werden soll durch die Entwicklung der Post, der Verstaatlichung des Eisenbahn- und Kanalwesens und der Kohlenversorgung. Wir brauchen mit einem Wort eine überlegtere, zweckmäßigere und systematischere Organisation der Hilfsquellen der Allgemeinheit». Während die deutschen Professoren in den Vordergrund ihrer «Neuordnung der Finanzen» die *Steuerfrage*